

# Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

---

8. Februar 1952

Blatt 172

## Ballkalender

=====

8. Februar (Rath.Korr.) In der Woche vom 11. bis 17 Februar finden in Wien folgende größere Ballveranstaltungen statt:

Montag: Musikvereinsaal (Philharmoniker-Ball).

Donnerstag: Sophiensaal (Ball des Österr. Wirtschaftsverbandes), Messepalast (Ball der Wiener Messe AG.), Münchener-Hof (St. Hubertus-Ball), Zögernitz (Ball des Personals der Volksoper), Gschwandtner (Ball des Österr. Wirtschaftsverbandes).

Freitag: Sophiensaal (Ball d.W.S.V. Finanz), Messepalast (Feuerwehrball), Kursalon (Ball des Österr. Aero-Clubs), Börse (Ball des Betriebsrates Brown-Boveri), Schwechater-Hof (Ball der Fachgruppe der wirtschaftlichen Werbung), Münchener-Hof (Ball des Betriebsrates der Firma Kapsch), Gschwandtner (Ball der Post- und Telegraphenbediensteten).

Samstag: Konzerthaus (Ball der Solidarität), Sophiensaal (Ball der SPÖ. Landstraße), Messepalast (Ball der Mechanikerinnung), Börse (Ball der ÖVP. Margareten), Schwechater-Hof (Ball des Sportklubs der Allianz, Ball des Sportklubs Elin), Münchener-Hof (Ball der Firma Delka), Winberger (Ball der ÖVP. Neubau), Gschwandtner (Krütznernbundball), Zögernitz (Ball der SPÖ. 19).

Sonntag: Sophiensaal (Kinderball des Wiener Kinderrettungswerkes, Tiroler Ball), Messepalast (Ball des Jugendreferates des Gewerkschaftsbundes), Kursalon (Ball der Post- und Telegraphenbediensteten), Gschwandtner (Waldviertler Kränzchen).



Jugendrotkreuz spendet für die Waisen des Entminungsdienstes  
 =====

8. Februar (Rath.Korr.) Das Österreichische Jugendrotkreuz, Landesleitung Wien, hat bei der Überreichung der Dr. Karl Renner-Preise erfahren, daß nach den Gefallenen des Entminungsdienstes zehn Kinder als Halbweisen zurückgeblieben sind. Für diese jungen Menschen hat das Jugendrotkreuz eine Spende von je 100 S und ein Geschenkpaket in die Polizeikaserne Rossauerlande geschickt. Dort wurden die Gaben durch die Leitung des Entminungsdienstes den Müttern der Kinder übergeben.

Ferner hat das Jugendrotkreuz den Heimkindern in Altenberg bei Greifenstein Schlittschuhe als verspätetes Weihnachtsgeschenk überreicht. So können jetzt alle Kinder der Anstalt auf der neu angelegten Eisbahn Schlittschuh laufen.

Institut für Wissenschaft und Kunst  
 =====

Wien 7., Museumstraße 5

Vorträge in der Woche vom 11. bis 16. Februar

8. Februar (Rath.Korr.)

Dienstag, 12. Februar, 18.30 Uhr, Direktor Dipl.Ing. Alexander Kothbauer:

Die Energiewirtschaftliche Bedeutung des Groß-Kraftwerkes Kaprun (mit Lichtbildern).

Donnerstag, 14. Februar, 18.30 Uhr, Univ.Doz.Dr. Walther Schienerl:

Paretos Soziologie und die Moderne Psychoanalyse (gemeinsam veranstaltet mit der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie).

Samstag, 16. Februar, 17 Uhr, Die Kulturtribüne:

Großdeutsch oder Österreichisch? (Die Problemstellung der österreichischen Geschichtsforschung). Es diskutieren über dieses Thema: Univ.Prof.Dr. Otto Forst-Battaglia, Univ.Doz.Dr. Fritz Heer, Direktor Dr. Ernst Mayer, Univ.Doz.Dr. Hans Leo Mikoletzky.



Sitzung des Wiener Gemeinderates  
=====

8. Februar (Rath.Korr.) Heute vormittag trat der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas zu einer Geschäftssitzung zusammen.

Es wurden eine Reihe von Anträgen und Anfragen gestellt. Die ÖVP hat einen Antrag auf "Entfernung der politischen Anschlagtafeln in den öffentlichen Parkanlagen durch Gemeindeorgane" eingebracht. Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Der Linksblock hat einen Antrag auf "Einleitung von Erhebungen über die Zahl der Wiener Kinder und Jugendlichen, die keine eigene Schlafstelle haben", eingebracht, der der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen wurde; ferner einen Antrag betreffend "Protest gegen Versuche, den faschistischen Verräter Starhemberg, Vermögenswerte zuzuschanden". Dafür wurde die dringliche Behandlung verlangt. Ein weiterer Antrag des Linksblocks betrafen "Würdigung des Gedenktages an den 12. Februar 1934 und Ausgestaltung dieses Gedenktages zu einem Kampftag gegen den Faschismus". Auch hier wurde die dringliche Behandlung verlangt. Ein weiterer Antrag des Linksblocks betraf "Die gesetzwidrige Anwerbung von jungen Wienern zur französischen Fremdenlegion". Auch hier wurde die dringliche Behandlung verlangt. Schließlich betraf ein Antrag des Linksblocks "Pläne zur Zerreißung Österreichs", für den wieder die dringliche Behandlung gefordert wurde. Eine Anfrage des Linksblocks betraf "die notwendige Verlängerung und Verbesserung des Wohnungsanforderungsgesetzes". Der Antrag auf Verlesung und Besprechung wurde gestellt. Ferner lagen vom Linksblock 12 Anfragen betreffend "die ernste und verantwortungsbewusste Behandlung der von Gemeindemitgliedern zum Entwurf des Voranschlages 1952 eingebrachten Erinnerungen" vor. Die Anfragen sind an den Bürgermeister und alle elf Stadträte gerichtet. Weitere Anfragen des Linksblocks betrafen "die Vorsorge für die Erhaltung der Wiener öffentlichen Krankenanstalten", "den Kampf gegen die amerikanisierte Kultur", und "die Behandlung und Erledigung eines vom Gemeinderat fälschlich dem Sportbeirat zugewiesenen Beschlusantrages betreffend eine För-



derung des Fußballsports".

Über eine Subvention von 60.000 S für den Wiener Tierschutzverein und von 3000 S für den Jagdbeirat der Stadt Wien referiert GR. Maria Jacobi (SPÖ). Sie führt aus, daß durch die Erhöhung der Hundesteuer auch die Erhöhung der von der Stadt Wien gegebenen Subvention für den Wiener Tierschutzverein gerechtfertigt ist, die dieser als Zuschüsse für mittellose Hundebesitzer und für seine übrigen Aufgaben verwendet.

GR. Altmann (LBl.) bezeichnet die Erhöhung der Subvention an den Tierschutzverein auf 60.000 S als viel zu gering, da aus dieser Subvention doch den alten armen Hundebesitzern das Halten von Hunden ermöglicht werden soll. Der Tierschutzverein habe bereits mitgeteilt, daß er nicht einmal in der Lage sei, die bei ihm bereits eingelangten Anträge auf gänzliche oder teilweise Ersetzung der Hundesteuer zu befriedigen. Wenn schon die Eingänge aus der Hundesteuer von einer auf drei Millionen Schilling steigen werden, so sollte man doch wenigstens ausreichende Mittel zur Verfügung stellen, um die ärgsten Härten zu mildern.

Der Redner stellt den Antrag, die vorgesehene Subvention an den Tierschutzverein statt mit 60.000 mit 120.000 S zu bemessen.

Berichterstatterin GR. Jacobi (SPÖ) verweist in ihrem Schlußwort darauf, daß sich die Zahl der Hunde seit 1945 verdoppelt habe und immerhin auch um 10.000 mehr betrage als vor dem Kriege. Man sollte der Bevölkerung auch vor Augen halten, daß die Gemeinde Wien rund 8000 Pflegekinder hat, von denen nur 1500 auf privaten Plätzen untergebracht sind, während die anderen Kinder in Heimen aufwachsen. Eine Heimerziehung könne niemals das gleiche geben wie eine Erziehung in der Familie. Es sollte sich die eine oder andere Familie doch überlegen, statt einen Hund zu halten lieber ein Pflegekind aufzunehmen, um dem Kind ein Heim zu geben und es in einem geschlossenen Familienverband aufwachsen zu lassen. Der Gemeinderat könne den Antrag des GR. Dr. Altmann auf weitere Erhöhung dieser Subvention mit ruhigem Gewissen ablehnen. (Beifall bei den Sozialisten.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag der Berichterstatterin unter Ablehnung des Abänderungsantrages Dr. Altmann angenommen.

Als nächster Punkt gelangt die nachträgliche Genehmigung für die Weitergewährung von Stipendien an Gastärzte zur Behandlung,



worüber Vizobürgermeister Honay (SPÖ) den Bericht erstattet. Der Antrag erteilt der zuständigen Magistratsabteilung die Ermächtigung, weiter an bedürftige in den städtischen Krankenanstalten unbezahlt tätige Gastärzte einschließlich der Gastärzte in den Kliniken des Allgemeinen Krankenhauses, deren Zahl auf 402 beschränkt wird, Stipendien bis zur Höhe von 500 S monatlich zu gewähren, sofern auch der Bund die Hälfte der Kosten weiter trägt. Der Aufwand dieser Stipendien für Gastärzte beträgt für das Jahr 1952 2,4 Millionen Schilling, wovon je die Hälfte Gemeinde und Bund zu tragen haben.

Der Referent weist darauf hin, daß von den 402 Gastärzten bisher 387 das Stipendium bewilligt bekommen haben. Die Regelung, die seit August des vergangenen Jahres gelte, soll auch für das Jahr 1952 weiter Geltung haben.

GR. Dr. Matejka (LBl.) erklärt, es gehe bei dieser Frage nicht darum, immer wieder auf kurze Zeit ein Loch zuzustopfen, sondern es gehe bei dem Problem der Gastärzte darum, ob wir Wiener bemüht sind, wirklich systematisch und fortschrittlich für unseren Nachwuchs zu sorgen. Wenn selbst prominente Vertreter einer Koalitionspartei den unwürdigen Zustand gegeißelt hätten, daß die Gastärzte erst auf der Straße demonstrieren mußten, damit man ihnen dann 500 S ausbezahlt, so könne man nur feststellen, daß solche rhetorische Erklärungen in krassem Widerspruch zu den Taten stehen. Die Gemeinde Wien habe im Vorjahr eine Gastärztesperre verhängt, obwohl sie dem Zug der Zeit entsprechend froh und stolz sein sollte, daß sie möglichst viel Ärzte ausbilden kann.

Der Redner fordert die Annahme einer Resolution, die es als unsozial und unwürdig bezeichnet, daß die in Krankenanstalten tätigen vollbeschäftigten Ärzte zum großen Teil keine ordnungsmäßige Bezahlung erhalten und bestenfalls lächerlich geringe Beträge als Stipendien oder Gnadengaben bekommen können. Es sei eine selbstverständliche Verpflichtung der Öffentlichkeit, Menschen, die verantwortungsvolle Arbeit leisten, die zudem noch dem Gesundheitswesen dient, auch entsprechend zu entlohnen. Der Gemeinderat möge die Bundesregierung auffordern, durch Gesetz eine angemessene Bezahlung aller in Krankenanstalten tätigen Ärzte sicherzustellen, wobei der Bund die Kosten dieser Bezahlung zu übernehmen hätte.

Weiter beantragt der Redner die Erhöhung der Stipendien von 500 auf 800 S. Dadurch würde sich der Aufwand für die Stipendien



von 2.4 auf 4 Millionen und der Anteil der Gemeinde von 1.2 auf 2 Millionen erhöhen.

Seit Jahren werde bei uns die geistige Arbeit in ihrer Einschätzung mißachtet. Gerade das Kapital der Gastärzte gebe Gelegenheit, gründlich und deutlich, nicht nur symbolisch sondern real zum Ausdruck zu bringen, wie es bei der Gemeinde Wien um die so viel besungene Gesunderhaltung der Bevölkerung bestellt ist.

GR. Dr. Eberle (ÖVP) betont, daß seine Fraktion sich schon seit Jahr und Tag um das Problem der Ärzteschaft bemüht habe. Heute habe er wieder Gelegenheit, für eine teilweise Hilfe zu danken, wenn sie auch nicht allzu groß ist. Der Redner macht auch darauf aufmerksam, daß gerade im Medizinstudium nach dem theoretischen Studium das praktische anschließen muß. Durch die Gastärztesperre werde das Studium aber geradezu unerträglich. In einigen Jahren wird jedoch diese Situation vorüber sein. Es handelt sich also nur darum, für einige Zeit tatkräftig zu helfen. Gerade Wien ist in erster Linie dazu berufen, weil es die größten und besten Krankenhäuser und die beste medizinische Schule besitzt. Gewiß könne Wien allein nicht die Lasten tragen. Der Redner appelliert in diesem Zusammenhang an den Bund, mehr als bisher zu helfen, fordert aber ganz besonders die Bundesländer auf, ihre notleidenden Ärzte, die in Wien die Ausbildung machen, zu unterstützen. Dr. Eberle verlangt auch, man möge die jungen Studenten davor warnen, das überfüllte Ärztestudium zu beginnen. Man müsse eine Lösung finden, um die Überfüllung vermeiden zu können.

Abschließend sagte der Redner unter dem Beifall der ÖVP: Wenn wir alle zusammenhelfen, dann werden wir dieses schwere Problem der Ärztenot auch meistern können.

Zu den Ausführungen von Dr. Eberle nimmt GR. Dr. Altmann (LBl.) Stellung. Er stimmt mit seinem Vorredner überein, daß es absolut notwendig ist, die Not der Ärzte zu beheben. Dr. Altmann wendet sich aber gegen die Forderung, das Medizinstudium zu drosseln. Diese Forderung schlage der kulturellen Entwicklung und dem sozialen Fortschritt ins Gesicht. Es seien nicht zu viel Ärzte da, sondern es gibt eine Politik, die die Ärzte verhindert, das zu tun, wozu sie die Bevölkerung braucht.

In seinem Schlußwort weist Vizebürgermeister Honay darauf hin,



daß es eine bedeutende Hypertrophie im Ärztestand gäbe. Das hat auch dazu geführt, daß die Ärztekammer vor dem Ergreifen des Arztstudiums gewarnt hat. Die Hypertrophie sei auf den großen Zustrom zu diesem Studium in der Kriegszeit zurückzuführen. Jedenfalls ist die heutige Vorlage ein Stück Arbeit, das zweifellos anerkannt werden muß.

Man hat auch über die Gastärztesperre gesprochen. Dieses Wort sei jedoch falsch. Die Ärzte haben gar nichts davon, wenn sie nicht zum Bett des Kranken kommen. Wir haben es erlebt, daß hinter dem Primarius zwei Dutzend Gastärzte mitgelaufen sind, nichts sehen konnten, ja oft nicht einmal mehr in das Krankenzimmer hinein konnten. Es liegt also im Interesse des Arztes aber auch des kranken Menschen, daß die Ärzte Gelegenheit zu einer guten Ausbildung erhalten. Das ist auch der Sinn, daß man Erhebungen angestellt hat, wieviele Gastärzte in den einzelnen Krankenhäusern beschäftigt werden können. Auf Grund dieser Erhebungen wurde mitgeteilt, daß 402 Gastärzte die Möglichkeit haben, eine gute Ausbildung in den Wiener städtischen Krankenanstalten zu genießen. Wenn ein größerer Bedarf eintritt, kann selbstverständlich auch diese Zahl erhöht werden.

Abschließend ersuchte der Berichterstatter, die Anträge Dr. Matejkas abzulehnen. Bei der Abstimmung werden die Anträge von GR. Dr. Matejka abgelehnt; die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Vizebürgermeister Weinberger (ÖVP) referierte die vorübergehende Schließung der Rettungsstation in Inzersdorf, Wien 25., Draschestraße 26, ab 1. Jänner 1952. Es handelt sich dabei um eine nachträgliche Genehmigung einer bereits auf Grund § 99 getroffenen Verfügung. Der Referent fährt aus, daß 1947 vom Wiener Gemeinderat beschlossen wurde, in Inzersdorf eine Rettungsstation zu errichten, um der Bevölkerung der umliegenden Gebiete besonders entgegenzukommen. Man hatte sich erwartet, daß diese Station besonders intensiv benützt werden wird. Im Lauf der Zeit wurde jedoch das Gegenteil bewiesen. Von den insgesamt 21.992 Ausfahrten im Jahr 1950 entfallen auf die Rettungsstation Inzersdorf nur 1.456 Ausfahrten, das sind 6.62 Prozent. Im Durchschnitt entfielen 3.61 Ausfahrten pro Tag und 0.37 pro Nacht auf die Rettungsstation Inzersdorf. Auf der Station waren drei Ärzte, zwei Stationsführer, 2 Lenker und



4 Sanitätsgehilfen in vierundzwanzigstündigem Dienst beschäftigt. Aus diesen Gründe hat man sich zu einer vorübergehenden Sperrung entschlossen. Man hat dies nicht leichtfertig getan sondern auf Grund genauer Unterlagen und nach Besprechungen mit den Vertretern des betroffenen Gebietes, mit dem Personal, dem Betriebsrat und mit den Ärzten des Rettungsdienstes.

GR. Maller (LBl.) wendet sich dagegen, daß die Entscheidung über die Schließung dem Gemeinderat erst zur nachträglichen Genehmigung vorgelegt wird. Er wirft die Frage auf, was es für eine Bewandnis mit dem Passus "vorübergehend" habe. Wie lange solle die vorübergehende Schließung dauern, beziehungsweise was wolle man an Stelle dieser Rettungsstation durchführen. Der Redner erneuert in diesem Zusammenhang auch die Forderung nach einem Bezirkskrankenhaus im 25. Bezirk.

Vizebürgermeister Weinberger sagte in seinem Schlußwort, man habe die Schließung nur vorübergehend verfügt, weil man wissen wolle, ob Verspätungen der Rettungswagen eintreten würden oder sich sonst Schwierigkeiten ergäben. In diesem Fall könnte man die Station sofort wieder eröffnen. Was die Genehmigung mit § 99 betrifft, so sei über die Schließung schon durch lange Monate verhandelt worden, sodaß man nicht mehr Zeit verlieren wollte.

Bei der Abstimmung wird der Antrag ohne die Stimmen des Linksblockes und der WdU angenommen.

GR. Fürstenhofer (SPÖ) berichtet über einen Antrag des Stadt senates auf Erteilung der Baubewilligung zum Wiederaufbau von zwei Pavillons im Franz Josef-Spital in Favoriten. Das Franz Josef-Spital soll in den nächsten Jahren in eindrucksvoller Form wieder aufgebaut und dabei auf alle Wünsche der Ärzteschaft Bedacht genommen werden.

GR. Dr. Eberle (ÖVP) begrüßt den Wiederaufbau des Franz Josef-Spitals, dessen Einrichtungen als Infektionskrankenhaus trotz Kriegszerstörungen und Bombenverwüstungen zum großen Teil erhalten blieben. Der Ausbau sei auch vom bevölkerungspolitischen Standpunkt zu begrüßen, da gerade der 10. Bezirk zu den kinderreichsten und dichtest besiedelten Bezirken Wiens gehört. Der Wiederaufbau sei vor allem der Initiative der derzeitigen Gesundheitsverwaltung und dem Amtsführenden Stadtrat Vizebürgermeister Weinberger zu danken.



Damit werde Wien in einigen Jahren nach allen Seiten hin große und gute eingerichtete Krankenhäuser besitzen: im Süden das Franz Josef-Spital und das herrliche schöne Krankenhaus in Lainz, im Westen das Elisabethspital und das Wilhelminenspital, im Norden das noch aufzubauende Floridsdorfer Krankenhaus, im Osten das Rudolfspital und schließlich im Zentrum das Allgemeine Krankenhaus.

Die österreichische Bevölkerung wolle keine nach außen wirkenden Prunkbauten oder Luxuseinrichtungen, unsere Krankenhäuser sollten aber sauber und zweckentsprechend eingerichtet werden. Unser Volk wünsche vor allem, daß seine hart verdienten Groschen gut angelegt werden und daß sparsam und sorgfältig damit umgegangen werde. Als Forderungen der Ärzte in Bezug auf die Ausgestaltung der Krankenhäuser verlangt der Redner, daß in die Spitäler keine Riesensäle mehr eingebaut werden, in denen 30 oder 50 Patienten eingepfercht zusammen liegen müssen. Unbedingt notwendig sei auch die Schaffung von einbettigen Zimmern für Patienten, die der Ruhe bedürfen oder durch ihr schweres Leiden die anderen Patienten stören. Weiter sollten die Spitäler über genügend Bäder verfügen und in jedem Krankenzimmer fließendes Kalt- und Warmwasser vorhanden sein. Operationssäle sollten nur nach Norden angelegt werden.

Wenn beim Neubau und der Ausgestaltung der Spitäler diese Wünsche berücksichtigt würden, werde Wien binnen kurzer Zeit über zweckentsprechende, saubere, tadellose und einfache Krankenhäuser verfügen. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Antrag der Berichterstatters wird angenommen.

Stadtrat Resch legt dem Gemeinderat hierauf einen Antrag vor, der den Magistrat nachträglich ermächtigt, zur Errichtung städtischer Wohnhäuser um Darlehen des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds bis zu einer Höhe von 70 Millionen Schilling anzusuchen.

Wie der Stadtrat hiezu feststellt, waren die Mittel für den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds bisher äußerst gering, sodaß die Gemeinde Wien von diesen Mitteln für ihre eigenen Gemeindebauten bisher keinen Gebrauch machte. Durch das neue Gesetz über den Wohnbauschilling bekomme der Fonds bedeutend höhere Mittel als bisher. Die Wohnbauförderungsbeiträge werden in Österreich im Jahre 1952 etwa 170 Millionen Schilling einbringen, wozu noch 100 Millionen Schilling aus Budgetmitteln kommen. Die Frage, wie die zusam-



men 270 Millionen Schilling des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds auf die einzelnen Bundesländer aufgeteilt werden, ist noch nicht entschieden. Wien hat seinen Anspruch dahingehend angemeldet, daß es die Mittel fordert, die in Wien aufgebracht werden, was - gering gerechnet - einem Betrag von mindesten 100 Millionen Schilling ausmachen dürfte. Der vorliegende Antrag sieht die Ermächtigung des Magistrates für Darlehen an die Gemeinde Wien zum Zwecke des sozialen Wohnhausbaues in einer Höhe bis zu 70 Millionen Schilling vor, sodaß noch mindestens ein Betrag von 30 Millionen für Zuschüsse an gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsgenossenschaften verbleiben würden. Da dieser Höchstbetrag aber wahrscheinlich gar nicht voll ausgeschöpft werde, wäre es nur erfreulich, daß die Genossenschaften in einem solchen Umfang bauen, daß auf sie ein größerer Anteil als 30 Millionen entfällt.

Der Stadtrat stellt ausdrücklich fest, daß die Verwendung von Krediten aus dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds für den sozialen Wohnungsbau die Zinspolitik der Gemeinde Wien nicht berühren wird. Die Gemeinde ist entschlossen, die Kosten dieses Kredites die 2 Prozent betragen, aus Budgetmitteln zu decken, sodaß die Kapitalsbeschaffungskosten nicht den Mietern aufgerechnet werden.

Der Antrag wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Schließlich genehmigt der Gemeinderat nach dem Bericht des GR. Pfösch den Ankauf von Grundstücken im 19. Bezirk im Gesamtausmaß von 24.000 Quadratmetern um 1.7 Millionen Schilling, was einem Quadratmeterpreis von 70 S entspricht.

Vorsitzender Marek (SPÖ) erteilt hierauf mehreren kommunistischen Antragsstellern, die für ihre Anträge die dringliche Behandlung gefordert haben, das Wort zur Begründung der Dringlichkeit.

GR. Lauscher (LBl.) vertritt einen Antrag, betreffend Protestgegenversuche, dem faschistischen Hochverräter Starhemberg Vermögenswerte zuzuschancen. Er erklärt, einer der Hauptverantwortlichen des faschistischen Staatsstreiches vom 12. Februar 1934 sei neben Dollfuß und Feyer der Heimwehrführer Ernst Rüdiger von Starhemberg gewesen. Starhemberg habe mit Geld und Waffen von Mussolini Hochverrat gegen Österreich geplant und begangen. Die Nachricht, daß dieser Hochverräter und Totengräber der Ersten Republik alle Güter und Schlösser zurückerhalten soll, habe unter der gesamten werktätigen Bevölkerung einen Sturm der Entrüstung und des Protestes ausgelöst. Die Rückgabe dieser Güter an Starhem-



berg wäre ein Faustschlag ins Gesicht der Republik und insbesondere eine infame Verhöhnung der Wiener Arbeiterschaft. Der Gemeinderat müsse als Vertretung der Wiener Bevölkerung den klaren Willen aller demokratischen Kräfte der Stadt zum Ausdruck bringen und alles tun, um die faschistische Heimwehr-Vergangenheit und alle faschistischen Überreste für immer aus Österreich hinwegzufegen. Die Stadt Wien müsse fordern, daß in kürzester Zeit durch gesetzliche Maßnahmen die Rückgabe von Gütern, Schlössern und sonstigem Vermögen an Starhemberg oder seine Rechtsnachfolger ausgefolgt wird.

Die dringliche Behandlung dieses Antrages wird gegen die Stimmen des Linksblocks abgelehnt.

GR. Dr. Altmann (LBl.) trägt einen Antrag vor, der die Würdigung des Gedenktages an den 12. Februar 1934 und die Ausgestaltung dieses Gedenktages zu einem Kampftag gegen den Faschismus fordert. Nach dem Antrag soll in allen Betrieben, Unternehmungen, Ämtern, Einrichtungen der Stadt und auch in allen Schulen dieser Tag feierlich begangen werden. Die Stadt Wien habe die Verpflichtung, im Gedenken an den 12. Februar 1934 an der Spitze zu stehen.

Diesem Antrag wird gleichfalls die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

GR. Maller (LBl.) spricht über einen Antrag, betreffend gesetzwidrige Anwerbung junger Wiener zur Französischen Fremdenlegion. Er verliest den Brief eines Legionärs und erntet am Schluß seiner Ausführungen Beifall von der Galerie. Als sich nach dem Beschluß des Gemeinderates, auch diesem Antrag die Dringlichkeit nicht zuzuerkennen, die Galerie weiter durch Zwischenrufe in die Verhandlungen einmengt, fordert Vorsitzender Marek den Ordnungsdienst auf, die Unruhestörer zu entfernen. Er unterbricht zu diesem Zweck die Sitzung des Gemeinderates auf kurze Zeit. (Hierauf ruft eine Frau von der Galerie: "Ich bin die Mutter!")

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärt Vorsitzender Marek, es sei ihm mitgeteilt worden, daß sich eine Galeriebesucherin infolge ihrer Aufregung zu einer Undiszipliniertheit hinreißen ließ und dafür um Entschuldigung ersucht habe. Er nehme diese Entschuldigung entgegen, fordere aber die Galeriebesucher auf, im Sinne der Geschäftsordnung des Hauses in die Verhandlungen nicht einzugreifen, da er sonst die Galerien räumen lassen müsse.



Auch ein Antrag des GR. Dr. Altmann, betreffend Pläne zur Zerreißung Osterreichs, in dem nach dem Wunsche des Antragstellers dem Willen der Wiener Bevölkerung Ausdruck gegeben werden möge, daß die verbrecherischen Pläne auf Zerreißung des osterreichischen Staates niemals Wirklichkeit werden dürfen, erhält nicht die Dringlichkeit.

Schließlich verlangt GR. Hausner (LBl.) die sofortige Besprechung einer Anfrage, betreffend Verlängerung und Verbesserung des Wohnungsanforderungsgesetzes. Er fordert die Verlängerung und Novellierung dieses Gesetzes in der Weise, daß künftig die Möglichkeit gegeben wäre, alle leerwerdenden Wohnungen anzufordern und sie gerecht zu verteilen.

Auch dieser Anfrage wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

Von den vielen Geschäftsstücken die ohne Debatte angenommen wurden, befanden sich u.a. die Entwürfe, Kosten und Baubewilligungen für zehn neue städtische Wohnhausanlagen mit zusammen 317 Wohnungen, 5 Ateliers und 6 Geschäftslokalen; ferner die Abänderung des O bereinkommens zwischen der Stadt Wien und der Direktion des Rudolfiner Hauses; die im zweiten periodischen Bericht aus 1951 enthaltenen O berschreitungen für 1950 und für 1951; der Vergleich O ber die Rückstellung des Krankenhauses der ehemaligen Buchkaufmannschaft Wien an die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft; die neuen Verpflegskosten für die vom Wiener Jugendhilfswerk in Erholungs- und Ferienheimen untergebrachten Kinder; die Erhöhung der Taschengelder der Schülerinnen in den Schulen für allgemeine Krankenpflege sowie in den Krankenpflegeschulen für Säuglings- und Kleinkinderpflege; diverse Sachkrediterhhungen für Bauten; Abänderungen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen; Ankäufe von Liegenschaften; verschiedene Baubewilligungen; die Entlohnungen des Kindergarten-Fachpersonals der Stadt Wien bis zur Klärung seiner dienstrechtlichen Stellung; die Ausführung eines städtischen Wohnhauses auf einer Liegenschaft in Hernals, die im Enteignungswege zu erwerben ist, der Abschluß eines O bereinkommens mit der Stadtgemeinde Nunkirchen, O ber den Bezug von Wasser aus der 1. Wiener Hochquellenleitung; eine Kreditermächtigung für die Wiener Gaswerke zur Erweiterung des Verkaufsprogrammes der



Gasgemeinschaft sowie zur Errichtung von 5000 Badzimmern in städtischen Wohnhausanlagen, Nachtragskredite für Investitionen und für den Ausbau der Leitungsnetze im Jahre 1951 der Wiener Elektrizitätswerke, usw.

Vorsitzender GR. Marek schließt die Sitzung um 13.50 Uhr.

Prof. Carl Fahringer gestorben  
=====

8. Februar (Rath.Korr.) Am 4. Februar starb im 78. Lebensjahr Professor Carl Fahringer. Am 25. Dezember 1874 in Wiener Neustadt geboren, ging er nach sechsjährigem Studium an der Wiener Akademie bei L'Allemand und Eisenmenger 1898 zu Carl v. Marr nach München und legte dort den Grund zu seiner impressionistischen, stark farbigen Malweise. Er unternahm schon vor dem ersten Weltkriege, den er als Kriegsmaler an der italienischen Front mitmachte, Reisen nach Frankreich, Kleinasien und Ägypten. 1922 ging er über Holland nach Java und der Insel Bali und führte nach seiner Rückkehr sein reiches Skizzenmaterial im Künstlerhaus vor, dem er seit April 1907 als Mitglied angehörte. Im Oktober 1929 wurde er als Leiter einer Meisterschule für Tier- und Landschaftsmalerei an die Wiener Akademie berufen, an der er bis 1945 wirkte. 1940 unternahm er eine Studienfahrt nach Griechenland, deren künstlerische Ergebnisse er im Heeresmuseum ausstellte. Mit besonderer Liebe pflegte er die Tierdarstellung. Eine Meisterleistung auf diesem Gebiete sind die vier großen Deckengemälde zum Thema "Wilde Jagd" im Künstlerhaus. Arbeiten Fahringers, der den staatlichen Ehrenpreis, die große goldene Ehrenmedaille des Künstlerhauses und den Künstlerhaus-Jubiläumspreis erhielt, befinden sich in der Modernen Galerie, im Niederösterreichischen Landesmuseum und im Kupferstichkabinett der Akademiebibliothek.